

Studierende

Von der Politik zur Party

Marxistische Ideale damals, Kosten-Nutzen-Analyse heute: Die Studierendenpolitik hat sich in den letzten drei Jahrzehnten stark verändert, das Klima an der Universität Zürich ist ideologisch längst nicht mehr so aufgeladen. Viele Themen, die Studierende früher bewegten, sind aber geblieben.

von Roger Nickl

Im Lichthof des Kollegengebäudes drängen sich junge Frauen und Männer, von der Galerie im ersten Stock hängen Transparente. «Lasst euch nicht provozieren» ist auf dem einen zu lesen, «Feministische Wissenschaft ist bunt» auf einem anderen: Ende Januar 1989 wird zur UniTOPIE aufgerufen. Kurz zuvor haben Studierende in Berlin ihren «Unimut» bekundet und in 68er-Manier verschiedene universitäre Institute besetzt. Nun ist die Welle der Entrüstung nach Zürich übergeschwappt. Die Stimmung im Lichthof ist friedlich und dennoch angespannt. Die Polizei ist im Haus, hält sich jedoch im Hintergrund. «Die Situation hätte aber rasch kippen können», erinnert sich Maximilian Jaeger. Seit über 25 Jahren im Rektorat für die Studierenden verantwortlich und heute Delegierter des Rektors, versuchte Jaeger damals als «Go between» zwischen Rektor Hans Heinrich Schmid und den Unitopisten die Wogen zu glätten.

Gekommen waren die Studierenden, um ihrer Frustration Ausdruck zu verleihen – ihrer «Wut über das Fehlen von Selbstbestimmung und feministischer Wissenschaft, die Verfilzung von Forschung und Lehre mit der Wirtschaft, die Wohnungsnot in Zürich, die Tatsache, dass es fast nur männliche Professoren gibt», wie die «Zürcher Student/in» in der Ausgabe vom 30. Januar 1989 schrieb. Die Versammlung im Lichthof war der Auftakt zu einem kurzen, friedlichen Sommer studentischer Anarchie. Arbeitsgruppen wurden gegründet, periodisch Vollversammlungen abgehalten und ein Sleep-in im Lichthof organisiert, das schliesslich dann aber im Deutschen Seminar stattfand. Nach einem turbulenten Jahr ebte die Bewegung allmählich ab: die UniTOPIE verpuffte so schnell, wie sie gekommen war, und sie bewirkte wenig. «Die Vorstellungen der Aktivistinnen und Aktivisten waren wohl allzu diffus», sagt Ueli Stauffacher, damals ein engagiertes Mitglied des Verbands der Studierenden an der Universität Zürich (VSU) und Unitopist der ersten Stunde. «Zudem waren die Verhältnisse in Zürich weit weniger schlecht als in Berlin. Zwar gab es viele Unzufriedene. Die verschiedenen Interessen zu bündeln und zu einem politischen Programm umzumünzen, war letztlich aber ein Ding der Unmöglichkeit.»

Die UniTOPIE von 1989 steht an einem historischen Wendepunkt. Noch in den Achtzigerjahren gab es in der Studierendenpolitik an der Universität Zürich eine klare Blockbildung. Auf der einen Seite stand der linke VSU, seit seiner Gründung 1978 lange Zeit grösste Fraktion, auf der anderen der bürgerliche Studentenring. Das politische Klima war ideologisch aufgeheizt. Anfang der Neunzigerjahre habe sich dann Vieles politisch verändert, sagt Maximilian Jaeger. «Früher hatten



oben: 1993 demonstrierten 2500 Studierende der Universität Zürich unter dem Motto «Bildung für alle» für mehr Chancengleichheit.

unten: 1978 wurde die Studentenschaft der Universität Zürich als Opfer ideologischer Auseinandersetzungen symbolisch zu Grabe getragen.



der VSU und der Studentenring sehr stark polarisiert – davon spürte man immer weniger.» Zu den dominierenden Gruppierungen gesellten sich zudem neue, kleinere Parteien wie etwa die anlässlich der UniTOPIE gegründete Partei zart&heftig, die die schwulen Studierenden vertrat, oder zwei Jahre später die Frauen- und Lesbenliste Amazora.

Ende der Achtzigerjahre, einer Zeit des geopolitischen Umbruchs, begannen auch die ideologischen Mauern an der Universität Zürich zu bröckeln. «Ich war bei einem Generationenwechsel dabei», erinnert sich Studierendenpolitiker Ueli Stauffacher. «Der marxistische Produktionsmitteljargon war in dieser Zeit langsam, aber sicher am Aussterben.» In einer Arbeitsgruppe, die sich mit dem Sinn des Studiums und der gesellschaftlichen Funktion der Universität auseinandersetzte, stellte Stauffacher eine weitere Veränderung fest: «Die Diskussion in der Gruppe war damals sehr individualisiert. Die meisten fragten sich, wie die Universität aussehen sollte, die ihnen selbst am meisten nützt. Das Denken, dass nicht die eigene Person das Zentrum ist, sondern die Allgemeinheit, wie ich es vertrat, war kaum mehr vorhanden – ich gehörte irgendwie zum alten Eisen.»

Mit ihrem Happeningcharakter war die UniTOPIE ein kurzes Aufblühen des Geistes von 1968. Im Gegensatz zur Jugendbewegung der Achtzigerjahre, die von der Strasse ausging, war die UniTOPIE eine reine Studierendenbewegung. Im Vergleich zu 1989 waren die Wogen an der Universität Zürich 1968 allerdings wesentlich höher gegangen. Auf dem Siedepunkt der studentischen Unruhen 1971 hatte der damals neu amtierende Erziehungsdirektor Alfred Gilgen gar eine zweitägige Schliessung des Kollegiengebäudes veranlasst. Die Stimmung war und blieb auch danach angespannt und ideologisch aufgeladen. «Es gab damals Gruppierungen wie etwa die Maoisten, die versuchten, an Vorlesungen ihre Pamphlete vorzutragen», sagt Jakob Tanner, der zwischen 1972 und 1980 an der Universität Zürich studierte und heute Professor am Historischen Seminar und an der Forschungsstelle für schweizerische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ist. Noch Mitte der Siebzigerjahre verkaufte die Marxistische Liga am Hauptportal der Universität ihre Bücher. Zwischen der Erziehungsdirektion und einem Teil der Studierenden herrschte Eiszeit.

Ein Opfer der ideologischen Grabenkämpfe der Siebzigerjahre war die Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ). Ihr Ende ging nicht ohne Protest über die Bühne, wie ein leicht makabres Archivbild zeigt: Mit geöffnetem Deckel liegt ein Sarg demonstrativ im Eingangsbereich des Kollegiengebäudes; ein Student mit Bart und

Brille steht andächtig daneben und blickt stumm auf den Inhalt der schwarzen Kiste, der für den Betrachter des Bildes unkenntlich ist. Mit der Sargaktion wurde die SUZ 1978 symbolisch zu Grabe getragen. Bis dato waren die Studierenden in einer Zwangskörperschaft organisiert, die ihre Interessen vertrat und mit den Mitgliederbeiträgen ein breites Dienstleistungsangebot aufbaute – etwa die Darlehenskasse oder die Zentralstelle der Studentenschaft, die bis heute als Stiftung die Zürcher Studentenläden unterhält.

Erziehungsdirektor Alfred Gilgen war die verfasste Studierenden-schaft jedoch schon lange ein Dorn im Auge, und auch bürgerliche Studierende konnten sich mit den linken Positionen und Aktionen des SUZ immer weniger identifizieren. So organisierte etwa die kleine Kammer des Studierendenparlaments, der Kleine Studentenrat, zwischen 1975 und 1978 mit Mitteln der SUZ eigenmächtig Vorträge, zu denen er Rudi Dutschke und andere linke Referenten aus Deutschland und der DDR einlud. Die Fronten zwischen Anhängern und Gegnern der SUZ verhärteten sich zusehends. Nach Rekursen von bürgerlichen Studierenden und kontroversen politischen Diskussionen wurde die Studentenschaft der Universität Zürich per Ende Sommersemester 1978 vom Regierungsrat abgeschafft.

Kurz zuvor, im Februar desselben Jahres, war der VSU gegründet worden. Er verstand sich als Nachfolgeorganisation der SUZ und bot dem linken Teil der obdachlos gewordenen Studierenden eine neue Heimat. In den nächsten 25 Jahren bis zu seiner Auflösung 2005 sollte der VSU in der Studierendenpolitik an der Universität Zürich den Ton angeben. Durch die Abschaffung der verfassten Studentenschaft wurde der Einfluss der Studierendenpolitik, vertreten durch den Erweiterten Grossen Studierendenrat (EGStR) und später durch den Studierendenrat (StuRa), aber klar geschwächt. Oder wie es Ulla Blume, StuRa-Präsidentin von 2003 bis 2005, ausdrückt: «Seither ist das Studierendenparlament wie ein Kantonsrat ohne Kanton.» Die Wiedereinführung der Körperschaft ist in Zürich deshalb ein Dauerbrenner der studentischen Politik geblieben.

1978, als die verfasste Studentenschaft abgeschafft wurde, waren knapp 14 000 Studierende an der Universität Zürich eingeschrieben, rund 600 mehr als noch im Vorjahr. Knapp ein Drittel davon war weiblich. Das Jahr lag ganz im Trend: Seit Anfang der Sechzigerjahre hatte die Zahl der Studierenden kontinuierlich zugenommen; von 1960 bis 2007 sollte sie sich gar versiebenfachen. Die Hochschule entwickelte sich in dieser Zeit von einer Bildungsstätte für eine kleine Elite zur viel und kontrovers diskutierten «Massenuniversität». Verändert

hat sich in dieser Zeit auch das Bild der Studierenden: Der Student der Vergangenheit war männlich, stammte in der Regel aus einer Familie mit akademischem Hintergrund und begann direkt nach der Matur mit dem Studium. Diesen typischen Studenten gebe es heute nicht mehr, stellte Rainer Hornung, Professor für Sozialpsychologie an der Universität Zürich, aufgrund einer Studie fest, die er in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre durchführte. «Das klassische Bild des jungen, männlichen, zielstrebigen, asketisch lebenden und allein stehenden Vollzeitstudenten beschreibt einen Idealtypus der Vergangenheit. Die Lebenswelten der Studierenden sind so unterschiedlich, dass nicht mehr von einem einheitlichen Typus <Studierender> gesprochen werden kann», schrieb Hornung.

Die Hauptmerkmale dieses Wandels: Seit dem Jahr 2000 sind mehr als die Hälfte aller Studierenden an der Universität Zürich Frauen. Zudem haben sich die Lebensentwürfe der Studierenden im Spannungsfeld von Hochschule, Arbeitswelt, Familie und Freizeit vervielfältigt. Laut einer Erhebung des Bundesamts für Statistik zu den Studien- und Lebensbedingungen an den Schweizer Hochschulen von 2005 sind mehr als drei Viertel der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig. Gerade die an der Universität Zürich stark vertretenen Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften decken mit rund 40 Prozent einen grossen Teil ihrer Finanzen durch eigene Erwerbstätigkeit ab. Tendenziell steigend ist auch der Anteil an Studierenden mit Kindern, und auch der Anteil an ausländischen Studierenden nimmt stetig zu.

Studienhintergründe und -verläufe, heisst das, werden zunehmend differenziert und pluralisiert. Deshalb stellt Sozialpsychologe Rainer Hornung in seiner 1999 publizierten Studie fest: «Der für die Gesamtgesellschaft konstatierte Differenzierungs- und Individualisierungsprozess gilt auch für die soziale Rolle <Studierender> bzw. <Student>. So wird zwar einerseits die Lebenssituation <Studieren> durch die gemeinsame Teilhabe an Lern- und Ausbildungsangeboten geprägt, andererseits erfährt sie eine Ausdifferenzierung durch eine Vielzahl zusätzlicher Bezüge – das sind zum Beispiel familiäre Beziehungen, Wohngemeinschaften oder das durch die Berufstätigkeit entstandene soziale Netz. Für einen Grossteil der Studierenden bildet deshalb das Studium nicht den Lebensmittelpunkt.»

Die Verschiebung des Schwerpunkts wirkte sich auch auf das hochschulpolitische Engagement der Studierenden aus: Eine Mehrheit von ihnen sei erwerbs- und berufstätig, hält auch der Jahresbericht 1992/93 fest. Viele Studierende

definierten sich in der Gesellschaft als junge Erwachsene und erst in zweiter Linie als Studierende. «Das Studium ist ein Schwerpunkt ihrer Lebenssituation, aber nicht unbedingt der Schwerpunkt. Folglich ist die Universität auch nicht der nahe liegendste Gegenstand einer allfälligen politischen Auseinandersetzung.»

Tatsächlich wird die Studierendenpolitik bis in die Gegenwart von einer engagierten Minderheit getragen. Das war 1968 nicht anders, auch wenn die Stimmung damals weit stärker politisch aufgeladen war. Damals forderte die Studentenbewegung die Demokratisierung der Hochschulen. Man plädierte für mehr Mitsprache und Mitbestimmung bei der Berufung von Professorinnen und Professoren, für Chancengleichheit beim Zugang zu höherer Bildung und für die Gleichstellung der Geschlechter im männerdominierten akademischen Betrieb.

Trotz des veränderten studierendenpolitischen Klimas und des sich wandelnden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfelds sind die damals lancierten Themen bis heute aktuell geblieben – auch wenn sich die Art und Weise, wie sie diskutiert werden, verändert hat. Jakob Tanner stellt einen klaren Trend von der Grundsatzdiskussion hin zur pragmatischen Sachpolitik fest. «Die grundsätzlichen Debatten über gesellschaftliche Funktion und Aufgabe der Universität werden nicht mehr geführt», sagt der Historiker. «Heute vollzieht man vorgegebene Mega-Reformen und spricht viel von wirtschaftlichen Sachzwängen.»

Stetig steigende Studierendenzahlen auf der einen, knappe Staatsbudgets, die einen entsprechenden Ausbau verunmöglichen, auf der anderen Seite – seit dreissig Jahren ist dies ein Grundkonflikt der Universität Zürich. In seinem Rahmen fanden die politischen Ausmarchungen zwischen Studierenden, Universitätsleitung und Politik statt. In den rezessionsgeplagten Neunzigerjahren musste die Universitätsleitung mit unpopulären Entscheidungen auf diese Situation reagieren. So wurden – von den Studierenden als Aushöhlung der Chancengleichheit heftig bekämpft – die Studiengebühren innerhalb kurzer Zeit von 150 auf 600 Franken angehoben. Um den Problemen der «Massenuniversität» Herr zu werden, diskutierte man aber auch andere Mittel wie Studienzeitbeschränkung und Numerus clausus. Aus finanziellen Gründen wurden 1993 zudem diverse Lehrveranstaltungen gestrichen. Die Studierenden reagierten mit öffentlichem Protest. Am 8. Juli 1993 gingen 2500 Studierende unter dem Motto «Bildung für alle» auf die Strasse. Drei Jahre später, am Abend des 28. Novembers 1996, demonstrierten gar 8000 Schülerinnen und Schüler sowie Studierende an der



Der Verband der Studierenden der Universität Zürich (VSU) war zwischen 1978 und 2005 die dominierende studierendenpolitische Kraft und veranstaltete zahlreiche Aktionen. Vollversammlung 1993 (oben) und Sparchilbi 1996 (unten) im Lichthof der Universität



«Lux-Parade» mit einem Lichtermeer gegen die Einführung von Schulgeldern und den Abbau im Bildungswesen.

Neben öffentlichen Unmutsbekundungen setzten sich die Studierenden bisweilen auch konkret zur Wehr. Gegen die geplante Beschränkung der Studienzeit auf zwölf Semester reichte der VSU eine staatsrechtliche Beschwerde ein. Das Bundesgericht hiess sie 1987 mit der Begründung gut, eine Beschränkung der Studienzeit auf eine bestimmte Semesterzahl sei nicht gesetzeskonform. Ein zweites Mal setzte sich der VSU 1995 vor Bundesgericht durch, diesmal mit einer staatsrechtlichen Beschwerde gegen den Numerus clausus im Medizinstudium. Die zuvor eingeführte Zulassungsbeschränkung musste wieder aufgehoben werden.

Auch bei der Mitsprache konnten die Studierenden punkten. Mit dem Wind der UniTOPIE im Rücken reichte die damalige Studentin Martina Steinhauser eine Einzelinitiative beim Zürcher Kantonsrat ein und forderte Mitsprache bei der Berufung von Professorinnen und Professoren. «Wir haben damals mit den Assistierenden und den Privatdozierenden zusammengespannt und bei den Parteien intensiv lobbyiert», erzählt der damalige VSU-Sekretär Ueli Stauffacher. Die Rechnung ging auf: 1991 wurde die Vorlage zuerst vom Kantonsrat, später vom Stimmvolk abgesegnet. Seither haben Studierende, Assistierende und Privatdozierende Einsitz in die Berufungskommissionen der Universität. «Das war der einzige Grosse Erfolg meiner studentenpolitischen Karriere», bilanziert Stauffacher. Auch wenn die Studierenden in solchen Gremien eine kleine Minderheit bildeten und der Einfluss entsprechend bescheiden ausfalle, sei die grundsätzliche Möglichkeit einer Mitsprache von grossem Wert. «Die Präsenz der Studierenden führt zu mehr Transparenz und letztlich dazu, dass nicht so leicht über ihre Köpfe hinweg entschieden werden kann.» Eine Einschätzung, die sich mit den Erfahrungen des Delegierten des Rektors Maximilian Jaeger deckt: In der Erweiterten Universitätsleitung habe er immer wieder erfahren, dass engagierte Studierende mit Sachkenntnis auf Geschäfte positiv Einfluss nehmen könnten, sagt Jaeger.

Trotz alledem: Viele studentische Vorstösse scheiterten. «Studierendenpolitik erfordert eine grosse Frustrationstoleranz», sagt Brigitte Gügler, die von 1993 bis 1995 als erste Frau den Studierendenrat der Universität Zürich präsidierte. Enttäuschung machte sich beispielsweise breit, als klar wurde, dass im wegweisenden Universitätsgesetz von 1998 den Forderungen der Studierenden nicht entsprochen wurde. Sie hatten sich etwa die Chancengleichheit, eine Verhinderung des Numerus clausus und eine verankerte Mit-

bestimmung der drei Stände gewünscht. Allein, diese Anliegen «verhallten in den Hallen des Kantonsrats», wie der Jahresbericht 1997/98 lakonisch festhält. Der StuRa beschloss darauf «ein klares Nein zu diesem Universitätsgesetz».

Keinen Erfolg hatten die Zürcher Studierenden auch mit dem Versuch, die 1978 abgeschaffte Studierendenschaft wieder einzuführen. Zweimal, 1987 und 2003, schmetterte der Kantonsrat entsprechende Vorstösse ab. Die Studierendenschaft, so der Tenor der bürgerlichen Ratsseite, repräsentiere in keiner Weise die Mehrheit der Studierenden, sondern lediglich eine linke Minderheit. Ulla Blume verfolgte die Debatte von 2003 mit. In den Ohren der damaligen StuRa-Präsidentin klangen die Argumente der Ratsmitglieder ziemlich anachronistisch. «Das Studierendenparlament entscheidet seit Jahren völlig pragmatisch, lösungsorientiert und relativ liberal», sagt Blume. «Da wird Sachpolitik jenseits von Ideologien gemacht. Zu meiner Zeit jedenfalls gab es praktisch keine ideologisch gefärbten Diskussionen – nicht einmal zur umstrittenen Bologna-Reform.»

Tatsächlich scheint sich nach den ideologisch geprägten Diskussionen der Siebziger- und Achtzigerjahre ein neuer Ton im inneruniversitären Umgang etabliert zu haben. Die Studierenden seien diplomatischer geworden und eher dazu bereit, Konzessionen zu machen, stellt Maximilian Jaeger fest. «Die Universitätsleitung und die Bildungsdirektion sind nicht mehr einfach der ‹böse Feind›, wie das in den ideologischeren Jahrzehnten der Fall war.» Für Jakob Tanner wiederum ist dieses kooperative Klima eine notwendige Bedingung für das Funktionieren der Universität überhaupt: «Wir sind heute auf einen guten Kontakt, auf Kooperation und Synergien angewiesen.» Ohne Partizipation aller Beteiligten, so der Historiker, wäre die Universität dem rasanten Anstieg der Studierendenzahl nicht gewachsen gewesen.

Ein Grund für die einvernehmliche Atmosphäre zwischen den Studierenden und der Universität mag auch sein, dass einige der traditionellen Forderungen mittlerweile eingelöst sind, dies wenigstens teilweise. Die studentische Mitsprache in den universitären Gremien wurde ausgebaut, die Studiengebühren schweizweit auf dem jetzigen Stand eingefroren. Auch punkto Gleichstellung zeichnet sich eine positive Entwicklung ab, selbst, wenn Frauen in höheren Positionen an der Universität weiterhin stark untervertreten sind. «Die Zahlen gehen jedenfalls in die richtige Richtung», kommentiert der aktuelle StuRa-Präsident Stefan Fischer. «Eine Mehrheit des StuRa ist deshalb der Ansicht, dass die Weichen punkto Gleichstellung gestellt sind und der Strukturwandel seine Zeit braucht.»

Ist den Studierenden an der Universität Zürich alle Ideologie fremd geworden? Wohl doch nicht ganz. Viele Studierende verhielten sich heute als optimierende Unternehmer ihrer selbst, meint Jakob Tanner; dies könne man als «neoliberale Subjektivierung» bezeichnen. Studierende von heute stellen man sich mobil und flexibel vor, strategisch denkend, umsichtig entscheidend und die Auswahl ihrer Studienmöglichkeiten global optimierend. Selbst, wenn dies eine Projektion sein mag, die nur beschränkt mit der Wirklichkeit übereinstimmt – der aktuelle Präsident des Studierendenrats bestätigt diese Tendenz. «Auch bei den Studierenden dominiert heute das ökonomische Denken», meint Stefan Fischer. Viele stellten sich die Kosten-Nutzen-Frage: Wo bekomme ich für meine investierte Zeit am meisten zurück?

Diese Kosten-Nutzen-Analyse zwischen Politik und Party fällt selten zugunsten der Politik aus; beim Studierendenrat sind die Nachwuchsprobleme jedenfalls gross. Mit dem Ziel, die verfasste Studierendenschaft wieder einzuführen – neben Bologna das wichtigste Thema der kommenden Jahre –, möchte der StuRa der Studierendenpolitik wieder mehr Gewicht und Attraktivität verleihen. Ein Anliegen, das auch der Delegierte des Rektors und langjährige Kenner der studentenpolitischen Szene, Maximilian Jaeger, und mit ihm Universitätsleitung und Universitätsrat unterstützen. «Ich würde mir in Zukunft wieder eine Studierendenschaft wünschen, die ihren Namen verdient, und ich hoffe, dass diese Zukunft nicht in allzu weiter Ferne liegt», sagt Jaeger. ■